

118 316 Personen sind erfasst

Nach dem Basler Fichenfall setzt der Staatsschutz nun auf mehr Transparenz

RUEDI STUDER, Bern

Der Staatsschutz soll keine Blackbox sein, sagt der designierte Geheimdienstchef Markus Seiler.

Die Basler Fichenaffäre wirkt in Bundesbern nach und sorgt für Bewegung beim Nachrichtendienst des Bundes NDB (wie der aus Ausland- und Inlandgeheimdienst fusionierte neue Nachrichtendienst ab 2010 heisst): «Wir wollen so viel Transparenz wie möglich schaffen und nicht das Bild einer Blackbox entstehen lassen», so der designierte NDB-Chef Markus Seiler gegenüber der BaZ. Mit ein Auslöser für die neue Charmeoffensive war der Basler Fichenfall (es wurden Grossräte registriert), wie Seiler einräumt: «Das hat für Druck gesorgt.»

Zur neuen Strategie gehörte auch eine Informationsveranstaltung für die Medien, bei welcher die Staatsschutzdatenbank ISIS (Informatisiertes Staatsschutz-Informationssystem) im Zentrum stand. In dieser werden Informationen im Zusammenhang mit Terrorismus, Spionage, gewalttätigem Extremismus und Proliferation gesammelt.

Gestern wurde auch die Anzahl «Fichen» offiziell kom-

muniziert: Demnach waren per 29. August 2009 im ISIS total 118 316 Personen erfasst – womit die von der BaZ vor einem Jahr publik gemachte Zahl von «über 110 000» offiziell bestätigt wird.

UNGESICHERT. Gemäss der präsentierten Statistik lag die Zahl Anfang 2006 noch knapp unter 100 000. Der Anteil der erfassten Schweizer Bürger macht derzeit 4,9 Prozent aus. Der Anteil der in der Schweiz lebenden Personen liege insgesamt «unter 20 Prozent», ergänzte der fürs NDB-Informationsmanagement zuständige Philipp Kronig auf Nachfrage.

Kronig betonte zudem, dass es sich nicht um eine «Verdächtigendatenbank» handle. Es seien längst nicht alle verdächtig, die im ISIS registriert würden. Ein Beispiel: Wer sein Auto in der Nähe einer Waldhütte parkiert, in der ein rechts-extremistisches Konzert läuft, kann von Staatsschützern registriert werden. Bei solch bloss vermuteten Zusammenhängen werde klar festgehalten, dass es sich um eine «ungesicherte Information» handle, so Kronig. Zudem werden



Mehr Offenheit. Die «Schlapphüte» zeigen sich charmant wie Humphrey Bogart. Foto Cinetext

die Einträge regelmässig überprüft. «Ein Drittel der überprüften Einträge wird gelöscht, ein Drittel teilweise gelöscht und ein Drittel bleibt bestehen», so die Erfahrungen.

Zum Fall Basel hielt der zukünftige NDB-Steuerungschef Jürg Bühler fest, dass im Fall der beiden effektiv betroffenen

Grossräte die Datenverarbeitung rechtlich korrekt abgelaufen sei. «Das hat uns auch der eidgenössische Datenschutzbeauftragte attestiert.» Mittlerweile sind die Einträge aber gelöscht worden.

AUSKUNFTSRECHT. Für mehr Transparenz dürfte künftig der

vom Bundesrat angestrebte Wechsel vom indirekten Einsichtsrecht zu einem direkten Auskunftsrecht führen. Dieses ist im Rahmen der anstehenden Revision des Staatsschutzgesetzes ein Thema. Wobei die Staatsschützer selbst zumindest keine uneingeschränkte Akteneinsicht wollen.

118 316 Personen sind erfasst

Nach dem Basler Fichenfall setzt der Staatsschutz nun auf mehr Transparenz

Ruedi Studer, Bern

Der Staatsschutz soll keine Blackbox sein, sagt der designierte Geheimdienstchef Markus Seiler.

Die Basler Fichenaffäre wirkt in Bundesbern nach und sorgt für Bewegung beim Nachrichtendienst des Bundes NDB (wie der aus Ausland- und Inlandgeheimdienst fusionierte neue Nachrichtendienst ab 2010 heisst): «Wir wollen so viel Transparenz wie möglich schaffen und nicht das Bild einer Blackbox entstehen lassen», so der designierte NDB-Chef Markus Seiler gegenüber der BaZ. Mit ein Auslöser für die neue Charmeoffensive war der Basler Fichenfall (es wurden Grossräte registriert), wie Seiler einräumt: «Das hat für Druck gesorgt.»

Zur neuen Strategie gehörte auch eine Informationsveranstaltung für die Medien, bei welcher die Staatsschutzdatenbank ISIS (Informatisiertes Staatsschutz-Informationssystem) im Zentrum stand. In dieser werden Informationen im Zusammenhang mit Terrorismus, Spionage, gewalttätigem Extremismus und Proliferation gesammelt.

Gestern wurde auch die Anzahl «Fichen» offiziell kommuniziert: Demnach waren per 29. August 2009 im ISIS total 118 316 Personen erfasst – womit die von der BaZ vor einem Jahr publik gemachte Zahl von «über 110 000» offiziell bestätigt wird.

Ungesichert. Gemäss der präsentierten Statistik lag die Zahl Anfang 2006 noch knapp unter 100 000. Der Anteil der erfassten Schweizer Bürger macht derzeit 4,9 Prozent aus. Der Anteil der in der Schweiz lebenden Personen liege insgesamt «un der 20 Prozent», ergänzte der fürs NDB-Informationsmanagement zuständige Philipp Kronig auf Nachfrage.

Kronig betonte zudem, dass es sich nicht um eine «Verdächtigendatenbank » handle. Es seien längst nicht alle verdächtig, die im ISIS registriert würden. Ein Beispiel: Wer sein Auto in der Nähe einer Waldhütte parkiert, in der ein rechtsextremistisches Konzert läuft, kann von Staatsschützern registriert werden. Bei solch bloss vermuteten Zusammenhängen werde klar festgehalten, dass es sich um eine «ungesicherte Information» handle, so Kronig. Zudem werden die Einträge regelmässig überprüft. «Ein Drittel der überprüften Einträge wird gelöscht, ein Drittel teilweise gelöscht und ein Drittel bleibt bestehen», so die Erfahrungen.

Zum Fall Basel hielt der zukünftige NDB-Steuerungschef Jürg Bühler fest, dass im Fall der beiden effektiv betroffenen Grossräte die Datenverarbeitung rechtlich korrekt abgelaufen sei. «Das hat uns auch der eidgenössische Datenschutzbeauftragte attestiert.» Mittlerweile sind die Einträge aber gelöscht worden.

Auskunftsrecht. Für mehr Transparenz dürfte künftig der vom Bundesrat angestrebte Wechsel vom indirekten Einsichtsrecht zu einem direkten Auskunftsrecht führen. Dieses ist im Rahmen der anstehenden Revision des Staatsschutzgesetzes ein Thema. Wobei die Staatsschützer selbst zumindest keine uneingeschränkte Akteneinsicht wollen.